

der Mauer. Die tragische Ironie ist: Beide Seiten, die Ostpolitiker und die Solidarnosc-Politiker, haben sich miteinander sehr schwergetan. Beide haben große Schwierigkeiten gehabt, den Beitrag des anderen anzuerkennen, vielleicht heute noch. Hoffen wir, daß die heutige Diskussion dazu ein bißchen beitragen kann. (Beifall)

**Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD):** Daß manche Wunden noch heilen müssen und manche schon geheilt sind, das kann man an Gesprächen ablesen, die zwischen führenden Vertretern der Ostpolitik und Vertretern von Solidarnosc geführt worden sind, wo dergleichen sehr deutlich ausgesprochen und dann aber wirklich zu Grabe getragen worden ist. Ich rede konkret von Willy Brandt, Adam Michnik und Walesa.

Mir liegen nun eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor. Die Zeit ist wiederum sehr fortgeschritten. Wir sollten versuchen, bis 16.30 Uhr fertig zu werden. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann schließe ich die Liste. Zum Schluß erhalten die Mitglieder des Podiums Gelegenheit, auf die Fragen und Bemerkungen einzugehen. Es ist deutlich geworden, daß ein spezifischer Zeitabschnitt der Beginn von Solidarnosc und des Kriegsrechts war. Hier hat es manche Turbulenzen und Defizite gegeben.

**Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke:** Das Thema unserer Kommission ist die SED-Diktatur, ihre Geschichte und ihre Folgen. Wir diskutieren heute über die Tschechoslowakei und über Polen. Bevor ich zu dem komme, wofür ich hier als erster das Wort bekommen habe, möchte ich anmerken, daß ich mich als deutscher Patriot noch immer schäme und nicht vergessen habe, wie die Tschechen und Polen, die Anfang der 80er Jahre von der deutschen Einheit sprachen, in der alten Bundesrepublik verlacht worden sind. Ich denke, daß diese Menschen, die damals unsere ureigenste nationale Forderung nach Selbstbestimmung gestellt haben, im nachhinein unsere ausdrückliche Anerkennung verdienen. Ich wünsche mir, daß der Deutsche Bundestag sie irgendwann einmal in gebührender Form zum Ausdruck bringt.

Nun zum Thema. Der Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin hat im Januar 1993 im Zusammenhang mit meiner Arbeit für den „Untersuchungsausschuß 1/3“ des Landtags von Brandenburg über die Aktivitäten des Konsistorialpräsidenten im Wartestand Manfred Stolpe eine Sammlung von SED-Dokumenten vorgestellt, aus denen Mehlhorn schon vorgetragen hat. Das zentralste und wichtigste Dokument war mit Sicherheit das Protokoll des Treffens der Generalsekretäre in Moskau am 5. Dezember 1980. Auf diesem Treffen nahm Breschnew – ich habe das gestern schon deutlich gemacht – ausdrücklich Bezug auf den gerade gewählten neuen amerikanischen Präsidenten Reagan und die Drohung der USA: Falls Polen von außen ein fremder Wille aufgezwungen wird, ist Schluß mit den Handelsbeziehungen. Honecker drang mit seiner Forderung, daß die Arbeiter- und Bauern-Macht mit Blutvergießen verteidigt werden muß, nicht durch. Vielmehr konnte Kania

seine Vorstellung unterbreiten, mit einer polnischen Lösung in Polen Ruhe und Ordnung im Sinne der SED und der anderen kommunistischen Parteiführungen wiederherzustellen.

Bei der Präsentation bin ich gefragt worden: Lieber Wilke, das ist alles schön und gut; aber wo sind die Militärakten dazu? Sind das vielleicht nur bedeutungslose Phrasen? Wir haben nicht aufgehört zu suchen und sind der Frage nachgegangen – dabei hat mir mein Kollege Hans-Hermann Hertle von der Freien Universität verdienstvollerweise sehr geholfen –: Wo sind die Militärakten abgeblieben? Wir haben sie gefunden, und zwar im Ministerbüro von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann. Wir müssen feststellen, daß sich Honecker als Generalsekretär die Militärpolitik vorbehalten hat. Die Berichte von Hoffmann gingen direkt an Honecker. Das, was hier vorzulegen ist, wird, so hoffe ich, das Bild vom „Friedensstaat“ Deutsche Demokratische Republik und von der SED als Partei des Friedens endgültig als eine deutsche Legende entlarven. Parallel zu dem Treffen der Generalsekretäre flog am 1. Dezember 1980 Generaloberst Stechbarth nach Moskau, um eine nicht geplante große Übung mit dem sowjetischen Generalstab abzustimmen. Die Übung sah den Einmarsch von 21 Divisionen des Warschauer Paktes unter Einbeziehung der NVA in Polen vor. Welchen Charakter diese Übung haben sollte, läßt sich vielleicht daran erkennen, daß die Militärlazarette in Alarmbereitschaft versetzt wurden, daß in den Karteiblättern schon die Rubrik für Verluste vorgesehen war, die die Kampfverbände gehabt hätten. Am 8. Dezember meldete Hoffmann an Orgakow, daß die NVA-Verbände einsatzbereit sind. Am 10. Dezember unterschrieb Honecker persönlich die Weisung, daß sich die Truppen der NVA an dieser Übung beteiligen, vorausgesetzt das Signal aus Moskau kommt. Es kam nicht. Aber die NVA hat sich 1981 weiterhin „verdienstvoll“ betätigt. Ihr Militärattaché in Warschau und der Verbindungsgeneral im Stab von Liegnitz haben sich daran beteiligt, in der polnischen Armee „gesunde“ Kräfte zu finden, die den Militärputsch endlich auslösen. Ein Dokument vom 7. April 1981, dem Gespräch zwischen Streletz und Keßler mit Kulikow, dem Oberkommandierenden der Warschauer-Pakt-Staaten, bringt Klarheit über die militärischen Zusammenhänge zwischen innerpolnischer Konfliktlösung und eventuellem Einmarsch. Kulikow stellt gegenüber den NVA-Generalen klar: Erstens. Es ist in Polen mit einem Bürgerkrieg zu rechnen. Das ist eine Lageeinschätzung, auf die wir uns einrichten müssen. Zweitens – hier wiederholt er das, was die Generalsekretäre in Moskau beschlossen hatten –: Bevor nicht die polnischen Sicherheitskräfte zuschlagen, können wir von außen nicht „helfen“. Erst wenn die Polen es nicht schaffen und uns um Hilfe bitten, entsteht eine neue Situation. – Das war im April 1981. In diesem Zusammenhang klären die NVA-Offiziere auch, ob – wieder einmal – deutsche Truppen gefragt sind, wenn es darum geht, in Polen Ordnung zu schaffen. Der Armeegeneral Hoffmann meldet als Verteidigungsminister

seinem Generalsekretär, daß die leitenden polnischen Generale nichts mehr dagegen haben, wenn sich die NVA an einer Intervention beteiligt. Auch das war im April 1981.

Im Dezember 1981 zeigen Honecker und die NVA unmißverständlich, daß sie auch zum zweitenmal bereit sind, die polnische Frage auf ihre Weise zu lösen. Anlässlich des Treffens der Verteidigungsminister des Warschauer Pakts legt der Gastgeber, Marschall der Sowjetunion Ustinov, Anfang Dezember ein Kommuniqué auf den Tisch und verlangt, daß die Verteidigungsminister zustimmen. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, um die sozialistische Gemeinschaft vor den Angriffen von Solidarnosc in Polen zu schützen. Das konnte nach Lage der Dinge eigentlich nur die Ankündigung der Militärintervention bedeuten. Der Armeegeneral Hoffmann hat von Moskau aus dieses Kommuniqué mit Honecker abgestimmt, und der hat ihm ausdrücklich zugestimmt. Das Kommuniqué kam nicht zustande. Das war dem ungarischen Verteidigungsminister und seinem rumänischen Kollegen zu verdanken. Der ungarische Verteidigungsminister hat es abgelehnt, es zu unterschreiben, auch nicht in der abgeschwächten Form, der rumänische Verteidigungsminister ebenso.

Als eine der Spuren, daß diese Planungen tatsächlich stattgefunden haben, hat Dr. Gutsche im Potsdamer Militärarchiv diese Karte gefunden. Sie lag ohne weitere Anlagen in einer Mappe: 13./14. Dezember 1981. Auf der Karte geht die 9. Panzerdivision über die Oder.

Zweiter Teil. In dem schon erwähnten von der FU veröffentlichten Arbeitspapier ist außerdem alles das enthalten, was wir zur Rolle der evangelischen Kirche in der polnischen Krise im zentralen SED-Archiv gefunden haben. Diese Arbeit wurde für den Untersuchungsausschuß in Brandenburg begonnen, deshalb möchte ich gern zwei Anmerkungen zu diesen Kirchendokumenten machen.

Erstens, es ist ziemlich klar, die evangelischen Kirchen spielten eine Rolle, und zwar durchaus auch die in der Bundesrepublik. Es gibt ein Dokument, nach dem Bischof Lohse im Februar 1981 dem DDR-Gesandten Moldt eröffnete, die EKD sie gern bereit, Mißverständnisse zwischen den beiden deutschen Staaten auszuräumen. So weit, so gut. Über den Gesprächskanal evangelische Kirche befördert die Bundesregierung, damals geführt von Bundeskanzler Schmidt, der SED die klare und unmißverständliche Botschaft: Unter der Voraussetzung, daß die NVA nicht in Polen einmarschiert und daß die Sowjets einen solchen Schritt alleine tun, kann die innerdeutsche Politik weitergehen. Über die Kirche wird auch das Gespräch vorbereitet, das vom 11. bis 13. Dezember 1981 am Werbellinsee stattfindet.

Es gibt einen zweiten Komplex, den ich vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages ausdrücklich zu Protokoll geben will. Vom 15. Dezember 1981 – das ist seit einem Jahr bekannt – existiert eine inhaltlich

furchtbare Gesprächsnotiz des ZK-Abteilungsleiters für Kirchenfragen, Bellmann. Er hat damals den Oberkonsistorialrat Stolpe empfangen, den Sekretär des Bundes der Evangelischen Kirche. Stolpe gab – ich bin fast versucht zu sagen: als loyaler Untertan seiner Majestät, des SED-Generalsekretärs – die Position der Bischöfe zu Polen zu Protokoll. Erster Punkt. Man wolle sich von der westlichen Hysterie über einen angeblichen Einmarsch in Polen nicht anstecken lassen. Nächster Punkt. In den Gemeinden bestehe keine Neigung, Polnisch zu lernen.

Das alles wäre mit Nachsicht abzuhaken, wenn es nicht einen Satz gäbe, der die Unterstützung der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik präzisieren würde. Nach dem, was Bellmann geschrieben hat, sagte Stolpe, daß die Bischöfe der Meinung sind, in der evangelischen Kirche der DDR sei keine Unruhe zu befürchten, wenn es zur Militärintervention kommt, die Sowjetunion das alleine tut und sich die NVA nicht beteiligt. 15. Dezember 1981.

Bis zum heutigen Zeitpunkt hat es die evangelische Kirche abgelehnt, diesen Sachverhalt zu klären. Bis zum heutigen Zeitpunkt ist der Untersuchungsausschuß des Landtags von Brandenburg in seiner Mehrheit aus SPD, PDS und F.D.P. dabei, die Klärung der Frage, ob das wirklich stimmt und wer die Position zu verantworten hat, die Bischöfe oder der eigenmächtig handelnde Sekretär des Bundes, hinauszuschieben. Nach dem Auffinden der Militärdokumente besteht für mich eine neue Lage. Sie verlangt, daß diese kirchliche Positionsbestimmung zu Polen wirklich geklärt wird um der deutsch-polnischen Zukunft willen.

Auf den Werbellinsee will ich nur noch ganz kurz eingehen. An dem Tag, an dem Schmidt am Werbellinsee eintrifft, weiß Honecker bereits, bis zum 15. wird in Polen etwas passieren. Nach den Gesprächsprotokollen der SED ist Polen auf dem deutsch-deutschen Gipfel nur Randthema. Schmidt wird mit der Bemerkung zitiert: Polen ist ein Mosaiksteinchen in der europäischen Situation. Beide beklagen, daß sie mit ihrer Wirtschaftshilfe für Polen am Ende sind. Honecker berichtet dem Politbüro am 15., Schmidt habe die Ausrufung des Kriegsrechts mit Gelassenheit aufgenommen und sei der Meinung gewesen, in Polen muß einer Ordnung machen und daß es am besten ist, wenn die Polen das selber machen.

(Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Wo steht das denn?)

Ansonsten wäre es gut, wenn keine weitere Störung des europäischen Friedens mehr von der polnischen Krise ausgeht.

Ich halte die Tatsache, daß ein Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland am Werbellinsee mit dem Generalsekretär des ZK der SED elf Jahre nach dem Kniefall von Willy Brandt vor dem Ghetto-Gedenkstein in Warschau auch nur in Andeutungen so spricht, daß der Generalsekretär der SED es so verstehen kann, als sei er zufrieden, daß in Polen „Ordnung“ gemacht wird, für

einen Skandal erster Ordnung. Ich bin der Meinung, auch das gehört geklärt. (Vereinzelt Beifall)

**Sv. Dr. Bernd Faulenbach:** Erste Bemerkung. Ich glaube, die Referate von Herrn Wieczorek, von Herrn Hajnicz und von Herrn Mehlhorn haben die Fruchtbarkeit einer vergleichenden Perspektive in Osteuropa gezeigt, vergleichend in der Weise, daß man Gemeinsames, aber auch Unterschiede feststellt. Die Situation war offenbar in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. Sie lief auch phasenmäßig unterschiedlich ab. Das bedeutet, daß man sich vor allgemeinen Aussagen über richtige Strategien hüten muß, weil die Bedingungen überall ein bißchen unterschiedlich waren.

Ich nehme ein Beispiel. Ich frage den Diskussionsleiter Markus Meckel: Kann man tatsächlich die evangelische Kirche in der DDR mit der polnischen Kirche vergleichen, auch was die politische Rolle angeht? Schon eine solche Frage zeigt, daß die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern recht unterschiedlich sind. Wenn man den Westen diskutiert, wird man fragen müssen, ob er die erheblich differierenden Situationen in den verschiedenen Ländern im Hinblick auf seine Politik immer hinreichend bedacht hat. Das müßte eine der Fragen sein, die zu diskutieren sind. Wie gesagt: Fruchtbar scheint mir die vergleichende Perspektive zu sein, aber nicht nur im Hinblick auf die Feststellung der jeweiligen Spezifika und der situativen Kontexte, in denen zu handeln war.

Zweite Bemerkung zum Verhalten des Westens. Ich möchte gern Timothy Garton Ash zum Beispiel Polens noch eine Frage stellen. Zuckerbrot und Peitsche – so heißt es in dem Buch – haben gerade gemeinsam die Veränderungen bewirkt. In welchen Hinsichten wirken die äußeren Faktoren? In welcher Weise greift die Sanktionspolitik in die polnische Entwicklung ein, und inwiefern ist sie ein zentraler oder peripherer Faktor in bezug auf die gesamte polnische Entwicklung?

Herr Wilke hat die Werbellin-Frage angesprochen. Selbstverständlich muß über diese Dinge diskutiert werden. Es ist auch für das öffentliche Bewußtsein nötig, über diese Dinge zu reden. Aber ich bitte doch, zunächst einmal den Gesamtkontext der Situation 1980/81/82 mit zu bedenken, die starke Dominanz der sicherheitspolitischen Diskussion, die durchaus schwierige internationale Situation. Man kann fragen, ob die Sicherheitspolitik und die sicherheitspolitischen Aspekte von seiten des Westens nicht verabsolutiert worden sind. Aber sie spielen in der damaligen Situation eine sehr große Rolle. Möglicherweise haben sie blind gemacht oder bestimmte andere Dinge in ihrer Eigengewichtigkeit nicht hinreichend würdigen lassen. Aber man argumentiert historisch verkürzt, wenn man diesen Kontext nicht mit sieht. Was die Handelnden angeht, waren sie im übrigen generationell geprägt: durch bestimmte Erfahrungen von 1953, 1956 usw. Sie wollten in dieser Situation

Blutvergießen verhindern. Diese generationellen Prägungen wird man in den Verhaltensmustern mit sehen müssen.

Was konkret das Verhalten von Helmut Schmidt angeht, nach dem, was wir bisher wissen – wir wissen möglicherweise nicht genug –, so hat er in Gesprächen mit Honecker diesen sehr energisch vor einer Beteiligung der DDR an militärischen Aktionen gewarnt. Auch diese Tatbestände gehören in das Bild hinein.

(Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Habe ich doch gesagt!

– Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Nein, das ist nicht gesagt worden!)

– Das ist eben so nicht gesagt worden. Das müßte, glaube ich, in eine solche Betrachtung mit einbezogen werden. – Es muß auch berücksichtigt werden, wie Helmut Schmidt vor dem Deutschen Bundestag zu dieser Frage Stellung genommen hat. Ich will einmal so fragen: Traut man per se der sekundären Wiedergabe durch SED-Akten immer mehr als dem, was öffentlich gesagt worden ist oder in Erinnerungsbänden steht? Hier ist wohl eine sehr sorgfältige Analyse der vielfältigen Quellentexte erforderlich. Man sehe sich im übrigen an, wie die Publikation von Manfred Wilke vorgeht. Ich bitte die Anmerkungen 100 und 132 in die Betrachtung einzubeziehen. Sie geben ein etwas anderes Bild, als das eben hier gezeichnete. In der Anmerkung 100 wird unter „streng geheim“ im Politbüro gesagt:

„Die BRD-Regierung ist nicht an einer Stärkung bzw. dem Erhalt der kommunistischen Regierung in Polen interessiert. Sie betrachtet die Bildung der neuen Gewerkschaftsbewegung und die Streikergebnisse vielmehr als Beweis für die Möglichkeit evolutionärer Veränderungen in den sozialistischen Ländern im Rahmen der westlichen Entspannungskonzeption.“

Diese und ähnliche Dinge finden sich auch in den Akten und müssen in die Betrachtung einfließen. Das gilt auch für das, was in der Anmerkung 132 gesagt wird. Ich möchte, daß die verschiedenen Facetten zu einem fairen Bild zusammengefügt werden, bevor wie hier der große Gestus der Anklage über die Rampe kommt. Wir müßten die Dinge miteinander differenziert diskutieren, sicherlich auch im Hinblick auf Fehler, die von seiten des Westens oder auch von seiten der Regierung Schmidt gemacht worden sind, die die Solidarnosc-Frage oder auch die Gesamtsituation möglicherweise falsch eingeschätzt hat. Das könnte durchaus das Ergebnis sein. Aber man muß sich mehr Mühe bei der Analyse der vorliegenden Materialien geben.

Dritte Anmerkung. Es ist hier gesagt worden, daß die polnische Opposition die Frage der Wiedervereinigung als offen betrachtet hat. Aber in Polen wurde – so habe ich die polnische Diskussion manchmal wahrgenommen – ein Zusammenhang zwischen Oder-Neiße-Grenze und der Wiedervereinigungsfrage im öffentlichen Bewußtsein hergestellt. War die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Teile der deutschen Öffentlichkeit nicht auch eine

Erschwernis für die polnische Politik, auch für die Reformbemühungen in Polen, weil es eben diesen psychologischen Zusammenhang gegeben hat?

Eine vierte Frage an Herrn Mehlhorn: Würden Sie soweit gehen, zu sagen, die SED-Führung hat politische Ressentiments, bestimmte Momente des traditionellen deutschen Nationalismus und der Abneigung gegenüber Polen bewußt und gezielt mobilisiert zur Abgrenzung gegenüber Solidarnosc und den Reformbewegungen in Polen?

(Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich jedenfalls würde das ausdrücklich bestätigen.)

**Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen:** Zunächst eine Vorbemerkung. Herr Wilke, ich finde es hervorragend, daß Sie sich ein solches Thema vorgenommen haben und daß Sie die Absicht haben, das in Zusammenarbeit mit den polnischen Kollegen herauszubringen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn es möglich wäre, demnächst auch eine polnische Fassung vorzulegen. Dazu allerdings eine Bemerkung im Anschluß an das, was Herr Faulenbach schon angedeutet hat. Meine herzliche Bitte wäre: Versuchen Sie gerade bei einem solch heiklen Thema mehr wissenschaftliche Maßstäbe anzulegen und keine emotionalen. Wir sind jetzt in der „glücklichen“ Lage, die Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen aus den Archiven der ehemaligen DDR zu rekonstruieren, aber nicht, sie mit den Protokollen zu konfrontieren, die bei uns im Auswärtigen Amt oder im Bundeskanzleramt liegen. Zumindest würde ich von Ihnen erwarten, bevor Sie irgend etwas veröffentlichen, das Helmut Schmidt zu schicken: Das ist die Aussage aus den Archiven der DDR; bitte überprüfen Sie das, nehmen Sie dazu Stellung. Dann hätten wir eine ausgewogene Position und könnten zu einer Bewertung kommen. Das ist der wissenschaftliche Maßstab, den wir anlegen müssen. Es würde Ihrer Studie sehr gut tun, wenn Sie so vorgehen.

Zweitens. Ich habe zwei Fragen. Auf eine dritte möchte ich verzichten, weil die Zeit schon fortgeschritten ist. Die erste Frage an Herrn Hajnicz wiederum im Anschluß an das, was Herr Faulenbach angedeutet hat. Mir ist etwas nicht ganz klar. Ich glaube, Sie haben recht, was das Offenhalten der deutschen Frage in der „Solidarität“ angeht. Das bestreite ich gar nicht. Doch zeigen alle unsere Umfragen bis in die jüngste Gegenwart hinein, vor welchen Schwierigkeiten man sich in Polen bezüglich der Einheit Deutschlands und der Stärke Deutschlands in Mitteleuropa gestellt sieht. Die ganzen Umfragen sind eigentlich viel negativer. Trotz großer Kooperationsbemühungen stellen wir immer wieder fest, daß die Polen am skeptischsten gewesen sind und daß das Deutschlandbild heute in Polen immer noch schlechter ist, als wir uns das gewünscht haben. Ich sehe da noch eine gewisse Diskrepanz. Aber vielleicht können Sie das aufklären.

Letzter Punkt, und der scheint mir der wichtigste zu sein. Ich verstehe, was Sie sagen wollen, wenn Sie formulieren, man müßte bei der Entspannungspolitik

einen zweiten Aspekt berücksichtigen, das, was Sie die Entartung nennen. Ich weiß nicht, ob man von „Entartung“ sprechen kann. Meiner Meinung nach sollte man nur von der vielleicht sehr stark ausgeprägten Eingleisigkeit der Entspannungspolitik sprechen. Denn wenn Sie im gleichen Atemzug von der Stabilität als Element der Entartung sprechen, so kann ich nur sagen: Es ging nicht darum, Stabilität um der Stabilität willen zu erreichen. Der Grundgedanke war vielmehr – ich hoffe, daß Sie das so akzeptieren –, Stabilität zu erreichen, um die Stabilität unterminieren und friedlich überwinden zu können, oder anders formuliert, den Status quo anzuerkennen, um den Status quo friedlich überwinden zu können. Das war die eigentliche Zielsetzung. Wenn man nur die Stabilität um der Stabilität willen gesucht hätte, damit eben auch die polnische Stabilität gewährleistet ist, dann würde ich Ihnen recht geben und sagen, das wäre eine Entartung. Aber das war nicht das eigentliche Ziel.

**Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD):** Ich darf eine Bemerkung dazu machen. Was Herr Hajnicz sagte, bezog sich auf das, was innerhalb der Solidarnosc außenpolitisch gedacht worden ist, und nicht auf allgemeine Äußerungen in der Bevölkerung. Daß sich das, was in damaliger Zeit in Oppositionskreisen gedacht worden ist, und das, was in der Gesamtbevölkerung gedacht worden ist, unterscheiden kann, haben wir z. B. in der DDR erlebt. Das sind zwei verschiedene Gesichtspunkte.

Ich möchte, da Timothy Garton Ash zeitlich in Bedrängnis ist, fragen, ob diejenigen, die sich gemeldet haben, speziell an ihn Fragen haben. Ich würde diese Fragen vorziehen und Herrn Garton Ash die Möglichkeit geben, abschließend zu reagieren. – Gert Weisskirchen, bitte.

**Abg. Prof. Weisskirchen (SPD):** Meine Frage richtet sich an Timothy Garton Ash, zugleich aber auch an die beiden polnischen Freunde. Mich hat das Bild, das Timothy Garton Ash an den Schluß seiner Bemerkung gesetzt hat, animiert, darüber nachzudenken. An dieser Stelle wollte ich nachfragen. Es hat ja immer eine Wechselbeziehung zwischen der staatlichen Verhärtung auf der einen Seite und auf der anderen Seite dem Bemühen durch die Entspannungspolitik des Westens gegeben, diese Verhärtung aufzulockern und zu verändern. Natürlich war völlig klar, daß sich diese staatlichen Systeme niemals von sich aus auflösen wollten. Das heißt, es war denjenigen auf staatlicher Ebene, die auf beiden Seiten gehandelt haben, bewußt, daß die Entspannungspolitik im Grunde genommen niemals dazu führen konnte, daß die staatlichen Systeme selbst zerbrechen. Es war aber das Risiko der Entspannungspolitik, daß es, zumindest wenn die Gegenbewegung aus den Gesellschaften ihre eigenen staatlichen Systeme in Frage stellten, an irgendeinem Entwicklungspunkt des historischen Prozesses genau zu diesem Moment des Zerbrechens der Systeme kommen mußte. Wir haben Ende der 80er Jahre in unserer Fraktion und in unserer Partei genau über den Punkt



reflektiert und nachgedacht, wie weit das Motiv derer, die auf westlicher Seite Entspannungspolitik modelliert haben, respektiert werden kann, daß sie sagten: Wenn es zum Zerschlagen der Systeme kommen kann, wird Gewalt freigesetzt, fließt Blut und müssen Menschen leiden. Meine Frage an Timothy Garton Ash: Wie stark kann das Motiv derer, die das Design der Entspannungspolitik gemacht haben, herangezogen, akzeptiert und respektiert werden, daß sie immer gesagt haben: Vorsicht bei diesem Punkt; es darf auf keinen Fall zu einem so schrecklichen Ereignis wie Mitte des Jahres 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens kommen? Wie war diese Aporie aufzulösen? Wie konnte man mit diesem Punkt umgehen? Ich habe selbst kritisiert, daß man die Oppositionsbewegungen vom Westen aus nicht genügend ermutigt hatte. Wie weit darf man jedoch respektieren, daß diejenigen, die die staatliche Seite repräsentiert haben, gesagt haben: Was geschieht mit den Menschen, wenn es dazu kommt?

**Timothy Garton Ash:** Es ist wahrscheinlich das allerschwierigste, die Motive der einzelnen Akteure zu erkunden. Sie sind gerade bei der Ostpolitik sehr unterschiedlich. Das kann man überhaupt nicht pauschal begründen. Man muß natürlich vor dem von dir genannten Motiv Respekt haben, daß keiner aus dem sicheren Hort der Freiheit heraus andere auffordert, ihr eigenes Leben zu riskieren. Die Erfahrung von der Niederschlagung des 17. Juni war sicherlich ein Schlüsselerlebnis für Egon Bahr oder Willy Brandt. Nur ist das Problem dabei, daß gerade in diesem Fall überhaupt nicht klar ist, daß das der Hauptgedanke war. Von Bahr stammt der berühmte Satz nach dem 13. Dezember: Weltfrieden ist wichtiger als Polen. Dabei war natürlich auch das Motiv einer „Stabilität“, einer Stabilisierung sehr stark. Anders gesagt: Eine Ordnung muß in Polen wiederhergestellt werden, damit wir unsere Ostpolitik in bezug auf Moskau und auf die DDR weitermachen können. Ich glaube, dem ist auch so. Das ist meines Erachtens auch der Punkt: Herr Jacobsen, die Dialektik, von der Sie gesprochen haben, den Status quo zu akzeptieren, um ihn zu überwinden, ist richtig; damit bin ich einverstanden. Etwas problematischer ist der zweite dialektische Satz: Man muß die Regime stärken, um sie abzuschwächen. Das ist gerade im Falle der DDR schon etwas fragwürdig. Noch problematischer ist der dritte dialektische Satz: Man muß, um die Demokratie zu stärken, die Demokraten ignorieren. Aber zu dieser immer problematischer werdenden Dialektik kam das Problem der Prioritäten in der Ostpolitik, daß gerade Ostmitteleuropa an dritter Stelle stand. Deswegen glaube ich, daß es im Falle der Polenpolitik dieser Zeit nicht so sehr darum ging, dialektisch eine Liberalisierung durch Stabilisierung zu bewirken, sondern daß man in der Tat zumindest für einen kurzen Augenblick die Stabilität vor die Freiheit gestellt hat.

Ganz kurz zu Herrn Faulenbach: Zuckerbrot und Peitsche. Man muß zwischen kurzfristiger und Langzeitwirkung unterscheiden. Denn die Sanktionen haben

die genannten Ziele nach dem 13. Dezember überhaupt nicht erreicht. Aber ich glaube in der Tat beweisen zu können, daß auf längere Sicht während der 80er Jahre – dazu wird Herr Hajnicz viel mehr sagen können – die ausdrückliche Verknüpfung von Gewährung von weiteren Krediten und wirtschaftlicher Erleichterung mit der Anerkennung der Opposition seitens der westlichen Politik eine große Wirkung gehabt und auf dem Weg zum Runden Tisch entscheidend geholfen hat.

Mir fällt noch etwas auf. Vielleicht darf ich das als Außenseiter sagen. Es gehört zum engeren Thema der Enquete-Kommission: Erforschung der SED-Diktatur. Mir scheint, daß sich der Deutsche Bundestag – und vielleicht die Bundesrepublik überhaupt – in eine einmalige Lage versetzt hat, indem er beschlossen hat, die Akten der SED zu öffnen. Das finde ich sehr richtig. Ich habe viel an diesen Akten gearbeitet. Sie haben einen hohen Quellenwert, stellen jedoch gerade die Politiker der Bundesrepublik in ein etwas ungünstiges, wenn nicht schiefes Licht. Wie kann man das zurechtrücken? Nur dadurch, daß man die eigenen Akten öffnet. Dann fragt man sich: Gibt es irgend einen anderen Staat auf der Welt, der bereit ist, die eigenen Akten von gestern und vorgestern zu öffnen, außer in Form von leaks in der Presse, was natürlich alle tun? Aber ich glaube trotzdem, man ist eben in dieser Situation. Es steht mir nicht zu, von diesem Podium aus mit einem Plädoyer zu enden, daß die Bundesrepublik die einschlägigen Akten öffnet, beispielsweise – was gerade zum Thema der deutsch-deutschen Beziehungen besonders wichtig wäre – die Akten der Abteilung BRD des Außenministeriums der DDR, die, wie die meisten wissen, ausnahmsweise direkt auf das Auswärtige Amt übergegangen sind und dort unter strengstem Verschuß stehen – „aus technischen Gründen“, wird einem gelegentlich gesagt. Das ist nicht Gesetz. Es steht jedoch in der Entscheidung des Auswärtigen Amtes, sie zu öffnen, wenn ich das richtig sehe. Das wäre auch ungeheuer wichtig. Dort ist eine fast geschlossene Reihe der Gesprächsprotokolle zu den deutsch-deutschen Beziehungen von 1969 bis zum Jahre 1990. Ich fände es schon ungeheuer wichtig, sie in verantwortlicher Weise für die Forschung und die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Aber wie gesagt: Mir steht es nicht zu, dieses Plädoyer zu halten. Ich will nur sagen, um mit einer marxistischen Formel zu enden: Das wird vielleicht eine objektive Notwendigkeit. (Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

**Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD):** Ich danke Timothy Garton Ash dafür, daß er heute diesen Tag mit uns verbracht und mit uns diskutiert hat. Ich danke ihm auch dafür – ich denke, daß ich das nicht nur in meinem Namen tue –, daß er dieses Buch geschrieben und sich in ausführlicher und grundsätzlicher Weise mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Daß auch wir das wollen, wird durch das deutlich, was wir tun. Daß hier noch viel Gespräch notwendig ist, ist auch deutlich geworden.

Ich möchte auch noch meinen Dank für die letzte Bemerkung aussprechen. Verschiedene in dieser Kommission haben begeistert zugestimmt. Auch ohne daß es Gesetze gibt, sollten z. B. die Akten dieser Abteilung und manche andere, die bisher von der Bundesregierung nicht freigegeben worden sind, freigegeben werden, um zu einem angemessenen Bild zu kommen. Das ist von uns in der ersten Sitzung der Enquete-Kommission schon angesprochen worden. Bisher hat sich nichts bewegt. Ganz gewiß wäre von besonderer Bedeutung, daß die entsprechenden Akten aus dem Bundeskanzleramt, aus dem Innerdeutschen Ministerium und von den entsprechenden Parteien – dazu gehören die Blockparteien genauso wie die SPD – zugänglich gemacht würden. Noch einmal herzlichen Dank! Wir werden diese Anregung weiter verfolgen. Alles Gute! (Beifall)

Ich entschuldige mich dafür, daß wir die normale Reihenfolge verlassen mußten. Wir gehen nun weiter nach der Rednerliste vor. Als nächster spricht Rainer Eppelmann.

**Abg. Eppelmann (CDU/CSU):** Ich könnte genauso anfangen wie in meinem Beitrag heute vormittag. Ich habe den Eindruck, der Weg ist schon ein Stück Ziel. Mir ist das bei dem aufbrandenden Konflikt – so habe ich es erlebt – zwischen Herrn Professor Jacobsen und Herrn Professor Wilke deutlich geworden. Es ist für mein Empfinden ein Unterschied, ob man mit noch soviel Engagement und Herz eine Sache – man verzeihe mir diesen Ausdruck – von außen betrachtet oder ob man drinnen lebt und den Eindruck hat: Da machen andere Politik, im günstigsten Falle für uns mit. Von daher kann ich die Argumentation von Professor Wilke verstehen. Mir hilft an dieser Stelle der Hinweis auf Wissenschaft alleine nicht.

Ich habe eine Bitte an Ludwig Mehlhorn. Du hast vorhin versucht – wofür ich sehr dankbar war –, zu entfalten, inwieweit SED-Propaganda Einfluß auf unser ostdeutsches Denken und Empfinden genommen hat. Ich kann mich noch an die Wiederbelebung – so hieß es damals – von antipolnischen Witzen erinnern. Das heißt, die Propagandisten bei uns haben sehr wohl gewußt, was sie damit beabsichtigt haben. Sie haben offensichtlich alte Vorurteile geschürt und neue dazugesetzt. Ich habe immer wieder so ein Stück den Eindruck, wenn ein DDR-Bürger sagte: Die Polen sind eigentlich bloß zu faul zu arbeiten und deswegen streiken sie – ich mache es jetzt ganz billig –, versuchte er damit, seine eigene graue Wirklichkeit ein bißchen zu beschönigen. Kannst du genauer sagen, in welchen Größenverhältnissen Menschen anfällig gewesen ist: Ist es eine Splittergruppe gewesen, sind es mehr gewesen?

Ich habe noch eine zweite Frage. Wir denken ja auch nach vorne. Wie ist das nach deinem Eindruck heute? Gibt es Langzeitwirkungen, die heute noch in uns drin sind?

Eine weitere Frage richtet sich an unsere beiden polnischen Gäste, denen ich sehr danke, daß sie hier sind. Welche Erfahrung machen Sie mit der

Aufarbeitung Ihrer polnischen Nachkriegsgeschichte? Ist das Ihr individuelles je eigenes Tun, oder gibt es ähnliche Bemühungen wie bei uns, das in einem gesellschaftlichen oder parlamentarischen Auftrag zu tun? Mich würde z. B. interessieren: Wie geht es heute Herrn Czyrek? Sind die Mörder von Popieluszko noch im Knast, oder sind sie draußen? Wissen Sie etwas über sie? Welche Bedeutung spielen bei Ihnen Worte, die bei uns gegenwärtig in der Diskussion hochaktuell sind: Amnestie, Verjährung, Gerichtsprozesse, Versöhnung?

Die zweite Frage an Sie. Ich wage zu sagen: Ich gehöre zu den Menschen, die seit vielen, vielen Jahren die Polen bewundern, vor dem Hintergrund des von ihnen immer wieder gezeigten Mutes in der Nachkriegszeit und ihrer Phantasie. Darum hätte ich eine Bitte. Ich habe dabei zwei Bilder vor mir. Ein Schauspieler, der sich öffentlich für das Kriegsrecht ausgesprochen hat, nachdem es ausgerufen worden ist, wurde mit Beifall empfangen, als er zum erstenmal wieder im Theater auftrat. Er hat sich gefreut und artig verbeugt. Der Beifall hat aber nicht aufgehört. Der Schauspieler mußte von der Bühne herunter. Er konnte nicht mehr spielen. Ein weiteres Beispiel ist mir erzählt worden. Ein polnischer Schriftsteller, ein bekannter Mann, der viele Bücher geschrieben hatte, hatte sich ebenfalls unterstützend hinter das Kriegsrecht gestellt. Nachdem er das öffentlich getan hat und am nächsten Tag sein Haus verlassen wollte, kam er nicht mehr heraus, weil ihm die Bürger seine Bücher vor Türe und Fenster gelegt hatten.

Ich würde Ihnen Mut machen wollen, wenn Sie nicht schon selber auf diesen Gedanken gekommen sind, weil es immer noch unterdrückte Menschen gibt: Schreiben Sie ein Handbuch des phantasievollen gewaltlosen Widerstandes. Ich habe den Eindruck, die Polen sind dafür in besonderer Weise prädestiniert.

**Abg. Koschyk (CDU/CSU):** Der Zufall wollte es, daß ich gemeinsam mit dem leider hier nicht mehr anwesenden Kollegen Böhm und mit einem hier noch anwesenden Journalisten genau an dem Tag im Oktober 1989 in der Nähe von Warschau gewesen bin, an dem die Botschaftsflüchtlinge ausreisen konnten. Wir waren nicht von ungefähr, sondern aus diesem Anlaß in der Nähe von Warschau. Denn auf Initiative britischer Konservativer fand in der Nähe von Warschau ein Treffen mit Oppositionellen aus Mitteleuropa statt. Federführend waren polnische Vertreter der Solidarnosc, des weiteren beteiligt Tschechen, Ungarn und Slowaken. Es war in der Tat sehr beeindruckend, für uns überraschend und für unsere britischen konservativen Freunde sehr erschreckend – sie sind sehr nachdenklich von Warschau weggefahren –, mit welcher deutschlandpolitischen Klarheit die Oppositionellen aus Polen, aus der Tschechischen Republik, aus Ungarn oder aus der Slowakei gesagt haben: Es ist nur noch eine Frage der Zeit, dann kommt die deutsche Einheit. Ich will

das nur als persönliche Erinnerung an die für mich unvergeßlichen Warschauer Tage sagen.

Ich möchte für uns alle noch etwas anderes in Erinnerung rufen. Herr Hajnicz hat sehr eindrucksvoll deutlich gemacht, was die deutschlandpolitische Bedeutung der Solidarnosc-Bewegung gewesen ist. Indem sie das System des Kommunismus und damit auch das System der DDR in Frage gestellt hat, hat sie die deutsche Teilung in Frage gestellt und sich für die deutsche Einheit ausgesprochen. Deshalb sollten wir uns immer daran erinnern, daß es eine große Symbolkraft hatte – wir Deutschen leiden manchmal darunter, daß wir uns guter Symbole in unserer Geschichte zu wenig erinnern und sie zu wenig pflegen –, daß in den Stunden, in denen die Mauer in Berlin fiel, der deutsche Bundeskanzler in Warschau weilte, um mit Mazowiecki eine neue Seite in den deutsch-polnischen Beziehungen zu schreiben. Den uns alle bewegenden Bildern von Berlin folgten in fast nur 48 Stunden die bewegenden Bilder der Friedensmesse in Kreisau und des ausgetauschten Bruderkusses und des Friedensgrußes zwischen Kohl und Mazowiecki. Ich glaube, daß wir der Solidarnosc-Bewegung einen ganz wichtigen Impuls für eine der schwierigsten Fragen des deutsch-polnischen Verhältnisses verdanken, nämlich: Wie gehen wir Deutschen mit dem Kapitel der Vertreibung, der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze und – als aktuelle Frage der deutschen Politik; Markus Meckel hat es eingangs bereits erwähnt – mit der Minderheitenfrage um, die immer ein belastendes Thema gewesen ist? Es hat für mich Symbolkraft, daß in der damals von Kohl und Mazowiecki unterzeichneten gemeinsamen Erklärung erste politische Ansätze zur Lösung der bis dahin völlig tabuisierten Frage auf den Weg gebracht wurden. Wir verdanken Ihnen, Herr Wieczorek, einen bemerkenswerten Aufsatz in der Zeitung, für die Sie so lange verantwortlich gewesen sind, zu dem Thema: Wie gehen die Polen mit der Vertreibung der Deutschen und der Geschichte und Kultur in den ehemaligen deutschen Ostgebieten um? Wenn wir über diese Themen sprechen, muß man, so glaube ich, auch eine polnische Persönlichkeit würdigen. Das ist der unvergessene Jan-Jozef Lipski. Er hat durch seinen Aufsatz „Zwei Patriotismen, zwei Vaterländer“ – hier muß ich Ihnen widersprechen, Herr Hajnicz – konzeptionelle Grundlagen für spätere polnische West- und Ostpolitik gelegt. Denn ich glaube, durch die Art und Weise, wie Lipski damals das Verhältnis der Polen zu ihren Nachbarn enttabuisiert hat, wurde in dieser Zeit – es war die Zeit des Kriegsrechts – eine Grundlage für die spätere polnische Außenpolitik sowohl nach Westen, gegenüber Deutschland, als auch gegenüber den östlichen Nachbarn gelegt.

Wir haben heute sowohl von unseren polnischen als auch von unseren tschechischen Gästen zur deutschlandpolitischen Perspektive vieles in beeindruckender Klarheit und Offenheit gehört. Wir haben heute ein paarmal anklingen lassen, was wir an politischen Konsequenzen aus unserer Enquete-

Kommissions-Arbeit zu ziehen haben. Ich glaube, wir übernehmen uns als Enquete-Kommission nicht, wenn wir aus einer solchen Anhörung wie der heutigen die Konsequenz ziehen, daß Deutschland seine federführende Rolle in der europäischen und westlichen Politik noch klarer spielen muß, um unseren mitteleuropäischen Nachbarn, den Reformstaaten, eine echte Perspektive wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Integration in Europa zu geben (Vereinzelt Beifall). Ich glaube, das ist etwas, was wir als Enquete-Kommission nach einer solchen Anhörung für die Öffentlichkeit deutlich formulieren müssen.

Ich möchte noch eine zweite Konsequenz aus der heutigen Anhörung jedenfalls für mich ziehen. Ich möchte uns alle ermuntern und ermutigen, darüber nachzudenken, was wir von Herrn Wilke im Hinblick auf die Rolle der SED-Diktatur bei einer möglichen Intervention in Polen gehört haben. Das muß weiter vertiefend untersucht werden. Ich bin auch der Meinung, daß der Frage nachgegangen werden muß, ob das nicht auch eine strafrechtliche Relevanz für die heute noch lebenden Mitglieder des Verteidigungsrats der DDR haben muß. Das ist eine Frage, die man nicht überstürzen darf. Aber man muß ihr zumindest nachgehen.

**Abg. Frau Dr. Wilms (CDU/CSU):** Da ich jetzt leider zum Flugzeug muß, möchte ich auf die Wortmeldung verzichten. Ich will aber nicht versäumen, unseren beiden polnischen Gästen gegenüber meinen hohen und höchsten Respekt dafür zum Ausdruck zu bringen, was sie in den vergangenen zwanzig Jahren geleistet haben. Danke schön. (Beifall)

**Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD):** Diesem Dank schließen wir uns an. Wir schließen nun mit einer Runde am Posium in der umgekehrten Reihenfolge. Nachdem Timothy Garton Ash schon geredet und uns verlassen hat, ist nun Ludwig Mehlhorn an der Reihe.

**Ludwig Mehlhorn:** Ich will mich auf ein paar ganz kurze Bemerkungen beschränken. Natürlich gibt es einen ganz breiten Themenkatalog in den deutsch-polnischen Beziehungen, Herr Koschyk, der heute nicht Gegenstand der Diskussion sein konnte. Es ging hier nur um Solidarnosc und die Folgen, also um einen Ausschnitt daraus. Eine Bemerkung kann ich mir jetzt nicht verkneifen. Ich weiß nicht, wie die beiden polnischen Kollegen darüber denken. Sie sprachen zum Schluß davon, die polnische Opposition sei für die deutsche Einheit gewesen. In dieser Pauschalität trifft das natürlich nicht zu. Vielmehr ist die Frage offengehalten worden. Es ist gesagt worden: Das ist Sache der Deutschen. Man konnte, ohne daß man sich irgendeinem Nationalismusverdacht aussetzte, mit polnischen Gesprächspartnern unbefangen darüber sprechen. Ich will dafür plädieren, nicht in der umgekehrten Richtung im nachhinein zu vereinfachen.

Dann bin ich noch zu dem ganzen Komplex der antipolnischen Ressentiments angesprochen worden, die von der SED bewußt mobilisiert worden sind. Ich glaube auf jeden Fall, daß sie toleriert und in Kauf genommen worden

sind. Dann ist aber auch der Bodensatz von Gefühlen und Empfindungen gegenüber Polen bewußt ausgenutzt worden. Wie gesagt: Vielleicht ist das nicht immer auf den ersten Zeitungsseiten oder im Fernsehen zum Ausdruck gebracht worden. Aber gerade in internen Schulungen, in den Betrieben, in Anleitungen – wie es immer hieß – für die Parteisekretäre, für die Multiplikatoren dieser Agitationsarbeit ist das sehr wohl gemacht worden, wie ich weiß. Die schlimmste Demagogie dieser Propaganda ist mit Sicherheit während des I. Solidarnosc-Kongresses erreicht worden, als dieser Kongreß einen Appell an die Arbeiter in den anderen osteuropäischen Ländern verabschiedet hatte. Darauf hat die SED reagiert, Walesa würde in Danzig so etwas wie SA-Bataillone unterhalten. Das war eine Demagogie, wie sie nicht mehr überboten werden kann. Ich denke, es gibt hier für die Verantwortlichen keine mildernden Umstände.

Wie hat damals die Bevölkerung reagiert? Rainer Eppelmann, die einzelnen Leute haben natürlich unterschiedlich reagiert. Es gab ein Gemisch aus Ängsten, daß es in der DDR schlechter wird, weil Versorgungsengpässe in Polen auch bei uns Löcher reißen. Man kann das in den Stasi-Dokumenten nachlesen. Wenn irgendwo Medikamente oder etwas anderes knapp wurde, wurde sofort argumentiert: Das haben sie wieder nach Polen geschickt. Politische Ängste kamen dazu: Die deutsch-deutsche Entspannung geht kaputt. Das, was die SPD im Westen befürchtet hat, war zu einem guten Teil auch das Befürchten der Leute in der DDR.

Was von diesen Vorurteilen ist heute noch da? Das, was wirtschaftlicher Natur war, was durch die wirtschaftliche Situation bedingt war, ist natürlich sofort verschwunden. Man sieht das heute an der deutsch-polnischen Grenze. Niemand sagt mehr: Die Polen kaufen unsere Kaufhäuser leer. Das ist ein Argument, das nicht mehr zieht. Umgekehrt wird nicht so darauf reagiert, weil in Polen inzwischen auch eine marktwirtschaftliche Situation herrscht und nicht mehr die künstlich verknappte Wirtschaft dafür verantwortlich ist, daß Ressentiments zwischen Nationen aufgebaut werden können.

Ich denke, daß sich inzwischen die Vorurteilsstruktur bei Deutschen gegenüber Polen zwischen Ost- und Westdeutschen nicht mehr allzu sehr unterscheidet. Die schlimmste längerfristige Folge dieser Propaganda ist vielleicht, daß die SED dafür gesorgt hat, daß in den 80er Jahren positiv nichts geschehen konnte. Die Generation der damals 20jährigen ist ins politische Leben getreten, die nicht wie wir in den 70er Jahren noch die Chance hatten, authentische Beziehungen aufzubauen und zu pflegen. Diese Möglichkeit ist dieser Generation zehn Jahre lang geraubt worden. Das ist doch ein ziemlich langer Zeitraum. Durch die harte Propagandasprache in den sensiblen deutsch-polnischen Beziehungen ist, so glaube ich, die Sprache für Verständigung beeinträchtigt und zerstört, jedenfalls nicht gepflegt worden. Auf dieser Ebene würde ich die längerfristigen Folgen sehen.

**Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD):** Als nächsten möchte ich Herrn Dr. Hajnicz bitten.

**Dr. Artur Hajnicz:** Vor allem möchte ich auf ein paar Fragen von Prof. Jacobsen antworten. Gab es einen Gegensatz zwischen der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der offenen deutschen Frage? Ja, natürlich, es gab ein Junktim, ein umgekehrtes Junktim. Sowohl in der Politik des Ostblocks bestand ein Junktim, nämlich daß die Grenze an die Teilung Deutschlands gebunden sei, und der deutsche Rechtsstandpunkt barg auch dieses Junktim, aber umgekehrt. Natürlich behandelten wir in den Gesprächen damals diese Frage, und Mertes sagte: So geht es nicht, denn wir halten an unserem Rechtsstandpunkt fest. Ich habe ihm geantwortet: Aber das bedeutet, daß ihr heutzutage keine Ostpolitik habt. Die Regierung von Kohl hat keine eigene, originelle reale Ostpolitik. Er antwortete: Ja, damit bin ich einverstanden. Es war klar, daß man versuchen mußte, von dem von beiden Seiten gestützten Junktim abzugehen. Die Geschichte hat gezeigt, es mußte gebrochen werden, man mußte diese Verbindung zerteilen.

Die zweite Frage betrifft die Offenheit der deutschen Frage und die innerpolnischen Schwierigkeiten damit, die Skepsis in Polen zur deutschen Frage. Natürlich ließen sich die Eliten der Solidarnosc auf ein großes Wagnis ein, wenn sie in den Diskussionsgremien alle Konsequenzen der neuen Lage zogen, denn man hatte es mit den Folgen einer gelungenen Propaganda zu tun. Aber es mußte sein, weil man ein neues Konzept brauchte. Deswegen hat man versucht, diese Dinge sowohl in der Untergrundpresse als auch im Ausland, in Deutschland, zu veröffentlichen. Wir haben darüber in Deutschland sehr viel veröffentlicht, vor allem aber in der Untergrundpresse. Die Kirche war darauf nicht vorbereitet. Kazimierz Diewanoski hat versucht, das Thema in die Diskussion zu bringen, und es kam zu Schwierigkeiten und weiteren Diskussionen.

Drittens, Entartung oder Einseitigkeit. Das Urteil ist abhängig davon, aus welcher Sicht man die Sache anschaut. Die Entspannungspolitik verfolgte doch ein zweiseitiges Interesse, sie sollte auch den Ostblock stärken. Sie stärkte den Ostblock in einer neuen Situation, als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ganz deutlich sichtbar wurden. In dem Moment, als die inneren Kräfte gegen das System hervortraten, war sie aus der Sicht der Opposition eine Entartung, da sie eine Unterstützung der fallenden Systeme bedeutete.

Und noch eine Frage, das letzte, was ich sagen möchte zu Gert Weisskirchen. Die Frage: Was wird, wenn Blut fließt? Das war eine wirklich wichtige Frage für Solidarnosc. Man muß hier sehr klar sagen, es ist nicht wahr, daß der Kriegszustand – das Verhängen des Kriegszustandes – eine völlige Überraschung war. Das kann man als Märchen ansehen. Solidarnosc hatte viel zu viele Verbindungen, war eine zu große Macht, als daß man solche Vorbereitungen nicht gesehen und keine Informationen von der anderen Seite



bekommen hätte. Ich habe selber so einen Moment erlebt. Ich habe zehn Tage vor dem Verhängen des Kriegszustandes konkrete Informationen bekommen, ganz konkrete Informationen, und wir haben nachts eine Versammlung in der Redaktion der Wochenzeitung mit Teilnahme von Mazowiecki, von Janek Strzelecki und vielen mehr gehabt. Wir waren ca. zehn Leute. Wir hatten Fakten, und Mazowiecki sagte: Was sollen wir mit den Fakten tun? Wenn wir heute alles offen sagen, daß solche Vorbereitungen im Gange sind, so entsteht ein Streik. Wir sind verantwortlich, daß das Verhängnis – das Kriegsrecht als Antwort auf unsere Aktion – nicht eintritt, denn wir könnten in dieser Lage ein Blutbad nicht verhindern. Eines der Ziele von Solidarnosc war, auch mit Hilfe von taktischen Überlegungen – Was wird geschehen, wenn sie es machen? – es nicht zu Blutvergießen kommen zu lassen. Mazowiecki sagte damals: Das heißt, daß wir, die wir hier sitzen, das vielleicht nicht überleben werden. Aber das heißt, es beginnt ein neues Spiel. Die Karten sind heute in der Hand von Jaruzelski, er muß entscheiden, was für ein Spiel er macht, und dann beginnen wir wieder von neuem. Aber wir müssen in jedem Moment darauf achten, daß es nicht zu einem neuen Warschauer Aufstand kommt. Das war eine sehr präzise Taktik. Das ist alles, danke.

**Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD):** Haben Sie ganz herzlichen Dank. Herr Botschafter Wiczorek.

**Wojcieck Wiczorek:** Herr Hajnicz hat fast alle Fragen beantwortet. Ich werde versuchen, noch etwas diese Probleme zu ergänzen. Erstens, natürlich gab es Unterschiede zwischen den verschiedenen Ostblockstaaten hinsichtlich der Stufen politische Reife der oppositionellen Tätigkeit, und deswegen können dieselben Probleme von verschiedenen Orten anders beurteilt werden. Aber mir scheint, das gilt auch für die westlichen Politiker, die auch von ihrer eigenen Sicht aus die Entwicklungen in den Ostblockstaaten beurteilten. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, daß die Möglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes in Ostblockstaaten hier im Westen unterschätzt wurde – warum, das ist eine Frage an Sie, an die deutschen und an die westlichen Politiker. Weswegen waren die Reaktionen auf die Verhängung des Kriegsrechts nicht eindeutig? Ich erinnere mich an ein Gespräch, das ich mit einem amerikanischen Gelehrten geführt habe. Ich habe ihn gefragt, wie die Amerikaner den großen Wandel in Osteuropa und in der Sowjetunion beurteilen. Er hat geantwortet: Naja, mit gemischten Gefühlen. Eine berechenbare Welt existiert nicht mehr, wir wissen nicht, wie es weitergehen wird. Es gibt eine Sehnsucht nach einer berechenbaren Welt, die zur Zeit der sogenannten friedlichen Koexistenz vorhanden war, vielleicht auch eine Angst vor Risiken. Und doch scheint mir, in der Politik muß man in den wichtigeren Momenten auch ein bißchen riskieren.

Noch zur offenen deutschen Frage. Ich möchte nur sagen, mir scheint, es gab unterschiedliche Meinungen einerseits auf der Ebene der politischen Elite und

andererseits auf der Ebene der Bevölkerung. In den ersten Stunden der neuen nichtkommunistischen Regierung im Jahre 1989, als wir noch die einzigen waren, die den Kommunismus gestürzt hatten, saß uns Sowjetrußland im Nacken, obgleich unter Gorbatschow der erste hohe sowjetische Politiker, der den ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten Mazowiecki besuchte, eine sehr wichtige Persönlichkeit war, Herr Krjutschkow, Chef des KGB. Darüber hinaus hatten wir ein zwar unterminiertes, dennoch hartes Regime in der DDR und in der Tschechoslowakei. Wichtig war demnach vor allem, einen – wenn man so sagen darf – physischen Kontakt mit den westlichen Ländern zu bekommen. Dieser Beweggrund belegt zusätzlich, daß wir für die Vereinigung Deutschlands waren. Aber die Gründe, die Sie erwähnt haben, waren natürlich auch richtig. Dagegen sahen und sehen unter der Bevölkerung die Dinge bis heute ein bißchen anders aus. Ich beobachte die Ergebnisse eines demoskopischen Instituts in Polen, das die Einstellung der Polen gegenüber Deutschland und den Deutschen untersucht. Die Einschätzung der deutschen Politik geht so „zickzack“, mit Zicken und Zacken, d. h. sie ist abhängig von den Ereignissen. Wenn wir Verträge schließen, geht diese Linie nach oben, wenn wir in den Zeitungen lesen, daß polnische Touristen geschlagen werden, geht die Linie nach unten. Nichtsdestoweniger, das habe ich innerhalb drei Jahren bemerkt, gibt es einen klaren Trend, der nach oben geht, also ein wachsendes Vertrauen zu Deutschland und zu den Deutschen. Aber dennoch, eines meiner persönlichen Gebote in den deutsch-polnischen Kontakten ist, sich nicht enttäuschen zu lassen, besonders dort, wo Probleme und Konflikte auftauchen. Das ist sehr wichtig. Ohne Konflikte wird dieser nicht leichte Prozeß nicht ablaufen.

Aufarbeitung der eigenen Geschichte, wonach Herr Eppelmann gefragt hat. Ich glaube, wir müssen unterscheiden zwischen einerseits Aufarbeitung der Geschichte, andererseits Abrechnung mit dem Kommunismus. Das sind ein bißchen unterschiedliche Dinge meiner Meinung nach. Wenn es um die Aufarbeitung der Geschichte geht, bin ich der Meinung, daß es dazu noch zu früh ist. Besonders deswegen, weil Aufarbeitung in den letzten drei Jahren sehr oft in den politischen Machtkämpfen zwischen den Parteien ganz einfach ausgenutzt wird. Dazu ist es noch zu früh. Nichtsdestoweniger bin ich der Meinung, daß insbesondere die Verbrechen, die von den kommunistischen Prominenten begangen wurden, ganz einfach bestraft werden müssen. Die Leute sollen vor Gericht gestellt und bestraft werden. Danke.

**Dr. Artur Hajnicz:** Die Deutschen haben keine Geschichte, weil sie in dieser Zeit ohne Geschichte sein wollten. Und die Polen haben wenigstens zwei Geschichten, und beide sind falsch. Also das ist noch zu früh, wirklich. Aber das ist richtig, man soll wenigstens Dokumente festhalten und Fakten registrieren, damit man für später das nicht verliert, was heute erfaßbar ist.

**Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD):** Ich möchte mich ganz herzlich

bedanken. Wir sind am Ende unseres Tages angekommen. Ein paar Bemerkungen möchte ich zum Schluß noch machen. Wir haben zuletzt über die deutsch-polnischen Verhältnisse der letzten Jahrzehnte gesprochen, in analoger Weise zu den Verhältnissen zur Tschechoslowakei. Eines ist in bezug auf die deutsch-polnischen Beziehungen besonders gewesen, das ist die Frage der Grenze. Dies hat hier im Gespräch keine Rolle gespielt, aber ich denke, es wäre wichtig, dies hier noch einmal in einer besonderen Weise zu betonen, daß das Bestehen auf der Grenze, die nach 1945 entstanden ist, und das Bestätigen dieser Grenze eine Frage der Zukunftsfähigkeit der Nachbarschaft beider Völker und Länder war und auch eine Frage, wie man mit dieser schuldhaften Geschichte umgeht. Daß dies sehr lange gedauert hat – im Westen Deutschlands meines Erachtens zu lange –, aber nun doch glücklicherweise im Rahmen der Vereinigung geschafft worden ist, möchte ich immerhin doch noch als ein wichtiges Thema der deutsch-polnischen Nachkriegsgeschichte erwähnt haben.

Ein zweites ist das Erwähnen einer Person. Es sind mehrere Personen, die in der deutsch-polnischen Nachkriegsgeschichte eine Rolle gespielt haben, hier schon angesprochen worden. Ich möchte einen hinzufügen, der zu Anfang dieses Jahres gestorben ist und der als internationaler Sekretär des DGB gegen viel Widerstand sehr viel für Solidarnosc und für Polen getan hat, Erwin Kristoffersen. Ich glaube, nicht nur in meinem Namen, sondern, wie ich von meinen Nachbarn höre, auch in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich seiner mit Dank gedenke.

In der Frage – und das ist das Dritte – nationale Einheit und Demokratie ist die These vertreten worden, für die ja manches spricht, daß die Gestaltung von Demokratie in der DDR nur möglich war mit der nationalen Einheit. Ich möchte dies aber auch noch einmal umdrehen. Ich denke, daß die selbst eroberte Demokratie in der DDR erst wirklich die Einheit möglich gemacht hat. Nur dadurch, daß Demokratie selbst erkämpft worden ist, war die Einheit als politisch gestaltete – wenn auch, wie manche sagen würden, schlecht gestaltete – möglich. Das sollte auch noch einmal sehr deutlich betont werden. Wir in der DDR haben die Demokratie selbst erkämpft, haben sie dann nicht selbst gestaltet, sondern ein durchaus bewährtes, aber durchaus auch weiterhin verbesserungsfähiges Modell von Demokratie übernommen.

Polen hat die Demokratie selbst erkämpft und ist dabei, sie zu gestalten, mit allen Schwierigkeiten. Wir wünschen Polen auf diesem Weg viel Glück und sollten einiges mehr vielleicht noch, als bisher getan wird, dafür tun. Damit bin ich bei dem letzten, was Herr Koschyk schon angesprochen hat, d. h. die Integration, die Ermöglichung der von Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Ungarn und anderen gewünschten Integration in den Westen. In den Westen heißt, in die westlichen Institutionen, die Stabilität und Wohlstand ermöglicht haben. Hier ist – denke ich – noch mehr möglich und

mehr nötig, als bisher getan wird. Es ist nötig, einen Zeitplan, einen Fahrplan und einen Zeitpunkt für eine mögliche EG-Mitgliedschaft festzusetzen, und dafür sollten wir uns einsetzen. – Ich danke Ihnen und übergebe das Wort an den Vorsitzenden der Kommission.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Ich habe bloß noch zwei Dinge zu sagen. Einmal ein Wort des Dankes an die Tschechen, die Slowaken und die Polen, daß sie hier gewesen sind und uns dabei geholfen haben, über unsere Geschichte nachzudenken. Auf dem Hintergrund deutscher Geschichte in diesem Jahrhundert mit unseren Nachbarn ist das nicht selbstverständlich, daß Nachbarn zu uns kommen und – so habe ich das jedenfalls erlebt – freundschaftlich mit uns darüber nachdenken, wie unsere gemeinsame Geschichte gewesen ist. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank. Das ist für mich das Hoffnungsvollste an diesem heutigen Tag, daß wir da offensichtlich gemeinsam auf einem guten neuen Weg sind. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

Das Zweite ist, ich ziehe nicht nur als freudig bewegter Mensch von hinnen, sondern auch als ein betroffener, weil ich feststelle, daß etwas passieren konnte, was ich nicht für möglich gehalten habe. Daß nach diesem schrecklichen Zweiten Weltkrieg es offensichtlich schon wieder Politik in deutschem Namen gegeben hat, wo man sich vorgestellt hat, vorstellen konnte, daß wir mit Waffengewalt dabei behilflich sind, andere zu unterdrücken, das hat für mich ein Stück – muß ich Ihnen ehrlich sagen – mein Denken verändert. Ich weiß noch nicht, was das für mich bedeutet.

Ende der Sitzung 16.58 Uhr